

Geulen begleitet Stadt auf Klageweg

Berliner Anwalt führt Verfahren gegen Andernacher Kraftwerk zu Ende

Nachbarschaftsprobleme mit Andernach: Neben dem erweiterten Hafen ist das Industrieheizkraftwerk zum Zankapfel zwischen der Deich- und der Bäckerjungenstadt geworden.

NEUWIED. Der Berliner Rechtsanwalt Dr. Reiner Geulen vertritt die Stadt Neuwied im Rechtsstreit gegen das Industrieheizkraftwerk auf dem Andernacher Rasselstein-Gelände bis zum Ende des Verfahrens. Diesen Beschluss fasste der Neuwieder Stadtrat am Donnerstagabend – und zwar einstimmig. Die Ratsmitglieder blieben damit ihrer Linie treu. Bereits im März hatten sie sich dafür ausgesprochen, den Anti-AKW-Anwalt mit der Wahrung der städtischen Interessen zu betrauen.

Alle Fraktionsvorsitzenden begrüßten ausdrücklich die

Vorlage, in der darauf hingewiesen wird, dass die Stadt parallel zur Klagebegründung bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord (SGD) beantragt hat, den künftigen Betreibern weitere Auflagen zu erteilen. Die Stadt tue richtig daran, bessere Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit ihrer Bürger zu verlangen, lautete die einhellige Meinung.

So fordert die Neuwieder Verwaltung von der SGD unter anderem, die Emissionen an Stickoxiden auf 70 Milligramm pro Kubikmeter zu begrenzen und den Anteil der besonders überwachungsbedürftigen Abfälle zu jedem Zeitpunkt des Betriebes auf maximal zehn Prozent der Feuerwärmeleistung zu begrenzen.

Unverständnis für die Baugenehmigung zeigte noch-

mals Karl-Josef Heinrichs: „Es ist nicht nachvollziehbar, warum die vielen Einwendungen nicht berücksichtigt wurden. Nicht die ausreichende, sondern die bestmögliche Technik muss in Andernach zum Einsatz kommen.“

Mit dem Entschluss wolle man auch die Bürgerinitiative und den Privatkläger Lars Ebert stärken, war von den Ratsmitgliedern zu hören. Der war nach der Entscheidung sehr zufrieden. „Ich bin erleichtert darüber, dass die Stadt gemeinsam mit mir für ein besseres Kraftwerk kämpft“, sagte Ebert. „Der Verein zur Reinhaltung der Luft im Neuwieder Becken ist aber nach wie vor auf finanzielle Unterstützung aus der Bevölkerung angewiesen. Die Privatklage müssen wir schließlich allein finanzieren.“

Frank Blum

RZ-Ausgabe AN vom 10.11.2007, Seite 16 